

Österreich

Paul Luif

Die österreichische Innenpolitik stand ganz im Zeichen der Nationalratswahlen und der anschließenden Bildung einer neuen Großen Koalition. Die österreichische EU-Politik hingegen verlief, nach der vorwiegend positiv beurteilten Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2006, in ruhigen Gewässern.

Die Nationalratswahlen am 1. Oktober 2006

Entgegen den Erwartungen in der Bevölkerung¹ und weiten Teilen der Politikkommentatoren wurde die SPÖ knapp stimmenstärkste Partei bei den Nationalratswahlen am 1. Oktober 2006 (siehe Tabelle).

Tabelle: Ergebnisse der Nationalratswahlen 2006 im Vergleich zu den Wahlen 2002

| | Nationalratswahl 24.11.2002 (Wahlbeteiligung: 84,3%) | | Nationalratswahl 1.10.2006 (Wahlbeteiligung: 78,5%) | |
|-------|--|---------|---|---------|
| | Prozente | Mandate | Prozente | Mandate |
| SPÖ | 36,5 | 69 | 35,3 | 68 |
| ÖVP | 42,3 | 79 | 34,3 | 66 |
| Grüne | 9,5 | 18 | 11,1 | 21 |
| FPÖ | 10,0 | 17 | 11,0 | 21 |
| BZÖ | n.k. | n.k. | 4,1 | 7 |

Das endgültige Ergebnis der Nationalratswahl am 1. Oktober 2006 wurde von der Bundeswahlbehörde am 20. Oktober 2006 festgestellt; n.k. = nicht kandidiert. *Quelle:* Österreichisches Innenministerium, <http://www.bmi.gv.at/wahlen/> und Parlament der Republik Österreich, <http://www.parlinkom.gv.at/>.

Die ÖVP verwies im Wahlkampf auf die Leistungen der Regierung und setzte auf den Kanzlerbonus von Wolfgang Schüssel. Doch dieses Konzept ging, im Vergleich zur Nationalratswahl 2002, nicht auf. Die ÖVP verlor bei den Arbeitnehmern Stimmanteile und konnte ihre Wähler nicht so mobilisieren wie die SPÖ, welche trotz schlechterer Ausgangsposition (vorwiegend wegen des Skandals um die gewerkschaftseigene Bank für Arbeit und Wirtschaft, BAWAG) ihre Wähler zu einer höheren Wahlbeteiligung animieren konnte. Die im SPÖ-Wahlkampf hervorgehobenen Themen wie „Abschaffung der Studiengebühren“ an den Universitäten und „Ausstieg aus dem Eurofightervertrag“ brachten

1 So rechneten 75 Prozent der Befragten damit, dass die ÖVP bei der Nationalratswahl stimmenstärkste Partei werden würde; siehe Franz Sommer, Voll daneben oder knapp vorbei? Die Nationalratswahl 2006 aus der Sicht der empirischen Wahlforschung, in: Khol, Andreas/Günther Ofner/Günther Burkert-Dottolo/Stefan Karner (Hrsg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik 2006, Verlag für Geschichte und Politik–Oldenbourg, Wien–München 2007, S. 3-17, hier S. 8.

den Sozialdemokraten zusätzlich Stimmen.² Die SPÖ setzte in ihrer Kampagne zur Nationalratswahl außerdem massiv auf den internationalen Trend des „negative campaigning“³.

Dominantes Thema im Wahlkampf der FPÖ war der Zuwanderungsstopp für Migranten und damit verbunden die Ablehnung eines EU-Beitritts der Türkei. Die Grünen positionierten sich in Opposition zur FPÖ und sprachen vor allem die Bildungspolitik an. Das BZÖ, eine von Jörg Haider initiierte Abspaltung von der FPÖ, übersprang die 4-Prozent-Hürde ganz knapp. Auch das BZÖ forcierte die Debatte über die Migration. Die Liste des Europaparlamentariers Hans-Peter Martin konnte nicht an den Erfolg bei den Europawahlen im Juni 2004 anknüpfen, wo sie 14 Prozent erreicht hatte.⁴ Mit 2,8 Prozent schaffte sie nicht den Einzug in den Nationalrat. Die KPÖ erreichte nur 1 Prozent. Die wahlwerbende Gruppe „EU-Austritt – Neutrales Freies Österreich“ kam gar nur auf 0,2 Prozent.⁵

Europathemen gab es im Wahlkampf nur in bestimmten Zusammenhängen.⁶ So wollte die ÖVP mit der gelungenen EU-Präsidentschaft in der ersten Hälfte 2006 punkten. Die SPÖ sprach das Europathema praktisch nicht an, FPÖ, BZÖ und die Liste Martin versuchten, von der eher kritische Meinung der Österreicher zur EU zu profitieren. „Europapolitik“ fand sich bei Umfragen bezüglich der wichtigen Themen für die persönliche Wahlentscheidung meist an elfter und damit letzter Stelle.⁷

Regierungsbildung und Regierungsprogramm

Die Regierungsbildung gestaltete sich einigermaßen schwierig. Am 11. Oktober 2006 erhielt der Vorsitzende der SPÖ, Alfred Gusenbauer, vom Bundespräsidenten den Auftrag zur Regierungsbildung. Am 13. Oktober trafen sich dann die Vertreter von SPÖ und ÖVP, um in Verhandlungen zur Bildung einer Großen Koalition einzutreten.⁸ Trotz der Verhandlungen mit der ÖVP beschloss am 30. Oktober die SPÖ, gemeinsam mit Grünen und FPÖ, zwei parlamentarische Untersuchungsausschüsse einzusetzen, die sich mit Problemen der „Banken“ (BAWAG, aber auch andere Banken) und mit den „Eurofighter“, den von der ÖVP/FPÖ-Regierung bestellten Kampfflugzeugen, beschäftigen sollten.⁹ Daraufhin beschloss die ÖVP die Aussetzung der Regierungsverhandlungen.

Auf Druck des Bundespräsidenten, aber auch in der Einsicht, dass Neuwahlen ihr eher schaden würden, erklärte sich die ÖVP Mitte November zur Fortsetzung der Verhandlungen.

2 Reichmann, Alexander/Brigitte Salfinger/Sigrid Nitsch, Die Macht der Wahlenthaltung, in: Khol, Andreas/Günther Ofner/Günther Burkert-Dottolo/Stefan Karner (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2006, Wien–München 2007, S. 19-42, hier S. 32.

3 Die SPÖ wurde in ihrem Wahlkampf von amerikanischen und israelischen Beratern unterstützt. Der israelische SPÖ-Mitarbeiter, Ron Asulin, sprach in einem Interview nach der Wahl von einer gezielten „Negativ-Kampagne“ gegen die ÖVP und Schüssel; nach Hofer, Thomas: Der Triumph des Negative Campaigning, in: Hofer, Thomas/Barbara Tóth (Hrsg.), Wahl 2006. Kanzler, Kampagnen, Kapriolen. Analysen zur Nationalratswahl, Wien–Berlin 2007, S. 5-31, hier S. 13.

4 Bei den Europaparlamentswahlen 1999 war Martin noch Listenführer der SPÖ-Liste; er zertritt sich später mit der SPÖ und kandidierte 2004 selbständig.

5 Daten vom österreichischen Innenministerium, <http://www.bmi.gv.at/wahlen/>.

6 Zu den Wahlkampfthemen siehe etwa Reichmann et al., Anmerkung 2, S. 31-36.

7 Plasser, Fritz/Peter A. Ulram, Wählerbewegung und Parteienkampagnen im Nationalratswahlkampf 2006, in: Plasser, Fritz/Peter A. Ulram (Hrsg.), Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006, Wien 2007, S. 19-27, hier S. 25.

8 Zu den Koalitionsverhandlungen siehe Falb, Martin: „Afrika ist ein unfassbar wichtiges Thema!“. Bemerkungen zur Regierungsbildung des Jahres 2007 und wie es dazu kam, in: Khol, Andreas/Günther Ofner/Günther Burkert-Dottolo/Stefan Karner (Hrsg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik 2006, S. 61-105.

9 Die Untersuchungsausschüsse beendeten anfangs Juli 2007 ihre Tätigkeiten, ohne dass konkrete Ergebnisse erzielt werden konnten.

gen bereit. Am 8. Januar 2007 erzielten dann SPÖ und ÖVP Einigung über das Regierungsprogramm. Die SPÖ konnte eine Anzahl ihrer Wahlversprechen nicht durchsetzen, so die Abschaffung der Studiengebühren und den Ausstieg aus dem Eurofightervertrag. Wichtige Ministerien, etwa das Außenministerium, das Finanzministerium und das Wirtschaftsministerium, verblieben bei der ÖVP. Die SPÖ erhielt u.a. das Verteidigungsministerium und das Bildungsministerium. Bundeskanzler wurde Alfred Gusenbauer, Vizekanzler Wilhelm Molterer, der Wolfgang Schüssel am 21. April 2007 als ÖVP-Parteiboss ablöste. Schüssel übernahm den Posten von Molterer als ÖVP-Klubobmann im Nationalrat.

Im Regierungsprogramm bringt eine Fortsetzung der traditionellen österreichischen Europapolitik. So tritt die Bundesregierung für ein „starkes, soziales und modernes Europa“ ein.¹⁰ Die Große Koalition verspricht eine „aktive Nachbarschaftspolitik“, sowohl bilateral und „innerhalb der EU im Format der ‚Regionalen Partnerschaft‘ als auch im Zusammenhang mit Fragen des West-Balkans“¹¹. Sie bekennt sich zu einer „umfassende[n] Friedenspolitik“; dazu gehört auch die „Erfüllung der Solidaritätsleistungen“ im Rahmen der EU. Österreich wird sich an der „Weiterentwicklung“ der ESVP beteiligen. Im Programm wird aber auch die immerwährende Neutralität betont. Daher unterstützt die Bundesregierung die „Verwirklichung“ einer „gemeinsamen europäischen Verteidigung, die nicht den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten berührt“.¹² Die Verteilung der Kompetenzen zwischen Bundeskanzleramt und Außenministerium wurden nicht verändert.¹³ Damit ist das Außenministerium (nun „Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten“) weiterhin für die Koordinierung der EU-Politik zuständig, mit Ausnahme der Vorbereitung der Europäischen Räte, die durch das Bundeskanzleramt geschieht.

EU und Österreich

Jahrelang war zwischen Österreich und der EU der Transitverkehr umstritten. Die Nachfolgeregelung des zu Ende Dezember 2003 ausgelaufenen Transitprotokolls wurde von Österreich nie implementiert; durch Befristung auf drei Jahre verlor sie Ende Dezember 2006 ihre Rechtskraft. Im Regierungsprogramm wurde zur Finanzierung der Infrastrukturoffensive eine Erhöhung der LKW-Maut um durchschnittlich 4 Cent angekündigt. Dies wurde im Mai 2007 von der EU-Kommission akzeptiert¹⁴ und so konnte die Erhöhung mit 1. Juli 2007 umgesetzt werden.

Am 1. März 2007 hat in Wien die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte ihre Arbeit als Nachfolgerin der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aufgenommen. Die Agentur nimmt ihre Aufgaben innerhalb der Zuständigkeitsbereiche des EG-Vertrags wahr (Erste Säule der EU). Die Organe der EU und ihre Mitgliedstaaten können auf freiwilliger Basis auch in den Bereichen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen (Dritte Säule) auf die Fachkenntnisse der Agentur zurückgreifen.¹⁵

10 Regierungsprogramm für die XXIII. Gesetzgebungsperiode, 11. Januar 2007, S. 6.

11 Regierungsprogramm, Anmerkung 10, S. 7.

12 Regierungsprogramm, Anmerkung 10, S. 18.

13 Regierungsprogramm, Anmerkung 10, S. 7.

14 EU: Österreich fordert neue Maut-Richtlinie, in: DiePresse.com, 07.05.2007.

15 Verordnung (EG) Nr. 168/2007 des Rates vom 15.02.2007, Amtsblatt der EU L 53 vom 22.02.2007, und Protokoll-Erklärungen vom 27.02.2007, Rat der EU Nr. 6396/07 ADD 1.

Die österreichische Regierung begrüßte die grundsätzliche Einigung der EU-Staats- und Regierungschef auf einen neuen Reformvertrag Ende Juni 2007. Mit dem klaren Mandat waren für Bundeskanzler Gusenbauer die jahrelangen Diskussionen über den Reformvertrag beendet. Außenministerin Ursula Plassnik (ÖVP) widersprach der Meinung, dass nichts von der geplanten Verfassung übrig geblieben sei; mehr als 95 Prozent der Substanz seien gewahrt worden.¹⁶

Seit dem Wintersemester 2006/07 sind in Österreich an den Medizin-Universitäten 75 Prozent der Anfänger-Studienplätze für Studenten mit österreichischem Reifezeugnis reserviert, 20 Prozent für Studenten mit in einem anderen EU-Land ausgestellten Reifezeugnis und fünf Prozent für solche mit einem Zeugnis aus einem Nicht-EU-Land. Dagegen hat die EU-Kommission Ende Januar 2007 ein neues Verfahren gegen Österreich gestartet, da diese Beschränkungen für ausländische Studenten nicht EU-rechtskonform und unverhältnismäßig seien. Der österreichische Wissenschaftsminister Johannes Hahn (ÖVP) legte als Antwort Ende Mai 2007 der Kommission Studien vor, die belegen sollen, dass 70 bis 90 Prozent der Studenten, die auf Grund knapper Studienplätze im Inland in einem anderen Staat studierten, nach Ende ihrer Ausbildung wieder in die Heimat zurückkehren. Dadurch würde die medizinische Versorgung in Österreich langfristig gefährdet werden.¹⁷

Die sich 2006 dramatisch zuspitzende finanzielle Krise um die BAWAG konnte schließlich nur durch den Verkauf der Bank im Dezember 2006 gelöst werden. Ein Konsortium unter Führung des amerikanischen private equity Fonds Cerberus (mit österreichischer Minderheitsbeteiligung) zahlte 3,2 Milliarden Euro für die Bank. Damit konnte der Österreichische Gewerkschaftsbund als Eigner der Bank seine Schulden abdecken, konnte aber eine Kürzung der Zusatz-Pensionen der (ehemaligen) ÖGB-Angestellten nicht vermeiden.¹⁸ Am 28. Februar 2007 genehmigte die EU-Kommission den Verkauf der BAWAG an das Cerberus-Konsortium.¹⁹ Auch die zur Rettung der BAWAG im Mai 2006 von der österreichischen Bundesregierung gegebenen Garantie von 900 Mio. Euro wurde von der Kommission am 27. Juni 2007 nachträglich genehmigt. Durch den Verkauf war die Garantie nicht schlagend geworden.²⁰

Weiterführende Literatur

- Hummer, Waldemar/Walter Obwexer (Hrsg.): 10 Jahre EU-Mitgliedschaft Österreichs. Bilanz und Ausblick, Wien-New York 2006.
- Karlhofer, Ferdinand: BAWAG und die Folgen, in: Khol, Andreas/Günther Ofner/Günther Burkert-Dottolo/Stefan Karner (Hrsg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik 2006, Wien-München 2007, S. 657-674.
- Luif, Paul (Hrsg.): Österreich, Schweden, Finnland. Zehn Jahre Mitgliedschaft in der Europäischen Union, Wien-Köln-Weimar 2007.
- Metz, Almut/Kristina Notz: So klingt Europa. Eine Bilanz des österreichischen EU-Vorsitzes im ersten Halbjahr 2006, Bertelsmann Forschungsgruppe Politik, C·A·P Analyse, Ausgabe 3, August 2006.
- Tichy-Fisslberger, Elisabeth: Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft im Überblick, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 36. Jg., 2/2007, S. 167-184.

16 Neuer Reformvertrag: Ernüchterung statt Euphorie, in: Die Presse, 25.06.2007.

17 Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Presse und News, Aktuelle Berichte und Meldungen, 25.05.2007, http://www.bmwf.gv.at/submenuue/presse_und_news/.

18 Gewerkschaft: ÖGB erwartet erst 2009 eine ausgeglichene Bilanz, in: Die Presse, 23.03.2007.

19 Bawag-Deal: Brüssel erlaubt Bawag-Übernahme, in: Die Presse, 01.03.2007.

20 Banken: Bawag: Grünes Licht für Staatsgarantie, Die Presse, 28.06.2007.